



# uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 943 . TEL.: 51064 . TELEX-NR. 25655 UNOL D . REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF . MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER . NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION . (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

3. Dezember  
28/76

## Zur Absicherung der Erkundungen:

# Vereinbarung mit der IHK und dem Arbeitgeberverband geplant

Möglicherweise wird es schon bald zwischen der Universität, dem Arbeitgeberverband Oldenburg und der Industrie- und Handelskammer Oldenburg eine Vereinbarung über die "Durchführung praktischer Erkundungen in Industrie- und Handelsbetrieben" für Studenten geben. Das gaben gemeinsam der Rektor der Universität Oldenburg, Professor Rainer Krüger, und Vertreter des Arbeitgeberverbandes auf einer Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag bekannt. Eine solche Übereinkunft, so Krüger, sei für die Universität von großem Interesse, da sie dazu beitragen könne, das Studium in Hinblick auf seine Praxisanteile abzusichern. Sie müsse selbstverständlich die Zustimmung der zuständigen Gremien finden.

Der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, Joachim ten Hagen, wertete "diese denkbare Zusammenarbeit", über deren inhaltlichen und formalen Charakter demnächst verhandelt wird, als "psychologische Auflockerungsübung" und als Entgegenkommen seiner Organisation, da die Praktika selbst lediglich eine Belastung für die Betriebe darstellten. Gleichzeitig bekundete er jedoch das "keineswegs uneigennützig Interesse" der Arbeitgeber an einer Zusammenarbeit mit der Universität, weil Wirtschaft und Wissenschaft in einem engen Zusammenhang stünden und "Inhalte der Wirtschaft in die Wissenschaft einfließen".

Der Rektor der Universität, Professor Krüger, machte in diesem Zusammenhang deutlich, daß die kürzlich wiederaufgenommenen Gespräche, denen eine scharf geführte Kontroverse aufgrund eines Artikels in dem Arbeitgeberblatt "Wirtschaft am Wasser" vorausgegangen war, nicht zuletzt deshalb so positiv verlaufen seien, weil hier ein handfestes Problem vorliege, das beide Seiten angehe und nur gemeinsam gelöst werden könne.

Als Diskussionsvorschlag für eine Übereinkunft, "die", so Krüger, "nicht mit der Kooperationsvereinbarung mit dem DGB verglichen werden kann", hat die Universität ein Papier vorgelegt, das detailliert die Durchführung praktischer Erkundungen von Studenten in Industrie- und Handelsbetriebe beschreibt. Danach sollte die Industrie- und Handelskammer als federführender

Partner zusammen mit dem Arbeitgeberverband die Universität bei der Organisation der Erkundungen durch Information und Vermittlung geeigneter Betriebe und durch Mitwirken an einem Schlichtungsverfahren zur Klärung von Streitfragen unterstützen. Einen besonderen Schwerpunkt des Papiers bildet die Frage nach der Veröffentlichung von wissenschaftlichen Ergebnissen, die durch Erkundungen zustande kommen.

Dazu heißt es wörtlich: "Bei der Veröffentlichung von Ergebnissen der Erkundungen stellt die Universität sicher, daß Rechte des Betriebes oder einzelner Personen nicht beeinträchtigt werden. Insbesondere gewährleistet die Universität die Anonymität solcher Daten, aus deren Veröffentlichung dem Einzelbetrieb Nachteile entstehen können. Die Universität und ihre Mitglieder erklären sich bereit, Erkundungsergebnisse vor der Veröffentlichung dem Betrieb zur Kenntnisnahme zuzusenden. Macht der Betrieb Bedenken gegen die Art der Veröffentlichung geltend, so wird ein Schlichtungsverfahren eingeleitet. Betreffen die Bedenken die Begründetheit oder Angemessenheit von Aussagen, so erhält der Betrieb Gelegenheit, der Veröffentlichung eine eigene Stellungnahme beizufügen." gh

## Mensabau doch in absehbarer Zeit?

Mit Nachdruck hat das Konzil auf seiner letzten Sitzung noch einmal auf die miserable Situation in der Mensa hingewiesen und die Landesregierung aufgefordert, den Neubau der Hauptmensa in die Maßnahmen des nächsten Rahmenplans aufzunehmen und schon jetzt durch den anstehenden Vertrag der Landesregierung mit der Hochschulbaugesellschaft abzusichern. Gleichzeitig fordert das Konzil, bis zur Fertigstellung der Hauptmensa Übergangslösungen zu schaffen.

Die Forderungen des Konzils zum Neubau der Mensa sind keineswegs unrealistisch. Da anlässlich der Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU und der FDP deutlich geworden ist, daß für zusätzliche Baumaßnahmen Gelder vorhanden sind, wird in Hannover bereits ein Plan diskutiert, der den Neubau der Mensa zwar erst

im 7. Rahmenplan vorsieht, jedoch gleichzeitig im nächsten HBG-Vertrag verankert. D.h.: Der Mensabau könnte dann zeitgleich mit der Errichtung der Bibliothek hochgezogen werden.

Insgesamt kann die Universität ohne hin mit einem zügigen Voranschreiten der Baumaßnahmen rechnen, wenn ihr die Stadt keinen Strich durch die Rechnung macht. Denn auch die Oldenburger Hochschule kann mit einer Erhöhung ihrer Studienplatzzielzahlen für das Jahr 1985 rechnen. Wie bereits mehrfach in der Presse berichtet, besteht die FDP darauf, daß 1985 nicht, wie von der CDU geplant, nur 78.000 Studienplätze in Niedersachsen zur Verfügung stehen, sondern 85.000. Dies würde einen schnelleren Ausbau aller mit zusätzlichen Studienplätzen versorgten Hochschulen erforderlich machen. gh



## Persönlicher Begünstigung Tor und Tür geöffnet

Das Konzil hat auf seiner letzten Sitzung entschieden gegen die vom Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst geplante Neuregelung des Verfahrens zur Denomination und Besetzung

neu zu schaffender Hochschullehrerstellen protestiert. Nach Vorstellungen des Ministers soll sowohl für den für die betreffenden Stellen abgegebenen Widmungsvorschläge wie auch zu den Be-

rufungskommissionen "zur Stärkung des Sachverständigen" jeweils ein vom Ministeriums benannter auswärtiger Sachverständiger hinzugezogen werden.

Gegen eine solche fachliche Abqualifizierung aller Hochschulangehörigen verwahrte sich das Konzil und wies darauf hin, daß eine solche Regelung "durch den ausschlaggebenden Einfluß weniger Personen der Begünstigung persönlicher Freunde auf höchster Ebene Tür und Tor" öffne

Außerdem widerspreche die Regelung zum einen der Autonomie der Hochschule und verstoße andererseits auch gegen die gesetzlichen Bestimmungen zur Organisation der Universitäten Oldenburg und Osnabrück. Das Konzil forderte den Rektor und die Fachbereichsvorsitzenden sowie die Gremien auf, "alle Möglichkeiten zur Wahrung der Rechte und Interessen der Universität auszuschöpfen".

gp

### Rektor fordert erneut Namensgebung

Anlässlich des vierzigsten Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky hat der Rektor der Universität Oldenburg Professor Rainer Krüger, noch einmal den Willen der Universität bekräftigt, weiterhin für die Namensgebung "Carl-von-Ossietzky-Universität" einzutreten. In einer Erklärung, die der Presse zuging, meinte Krüger, diese Forderung erkläre sich aus dem Willen der Hochschulangehörigen, Wis-

senschaftsausübung unter politischer Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft zu verstehen. Gleichzeitig begrüßte er die Aktivitäten des im Sommer dieses Jahres gegründeten "Bürgerkomitees Carl-von-Ossietzky-Universität", das deutlich mache, daß auch unter der Oldenburger Bevölkerung in zunehmendem Maße das Verständnis für die Gegenwartsbedeutung der historischen Größe Carl von Ossietzkys wachse.

gh

## Rationale Berechnung der Aufnahme- und Lehrkapazität nicht möglich

Im uni-info 26/76 hielt die Leiterin der Abteilung Planung und Statistik, Trude Kreuzmann, ein dringendes Plädoyer dafür, auch in Oldenburg eigene Kapazitätsberechnungen auf der Grundlage der Kapazitätsverordnung durchzuführen. Als Begründung dafür gab sie an, unter numerus-clausus-Bedingungen müßte das Verfahren zur Bestimmung der Höchstzahlen "bestimmten politischen und rechtlichen Ansprüchen genügen". Nun ist es sicherlich verdientvoll, den Versuch zu unternehmen, die Diskussion um die Anwendung der KapVO in eine breitere Hochschulöffentlichkeit zu tragen. Die vorgetragene Begründung für die Anwendung ist allerdings problematisch. Selbst wenn die KapVO ein geeignetes Instrument wäre, um an ausgebauten Hochschulen den Mangel an Studienplätzen "gerecht" zu verteilen, ist sie strukturell ungeeignet zur Bestimmung der Höchstzahlen an einer Hochschule im Aufbau. Das weiß man auch im MWK. Ob in Oldenburg 500 oder 1000 Studenten pro Semester zugelassen werden oder entsprechende Zahlen jahrgangsweise, würde durch hochschulinterne Berechnungen anhand der KapVO nicht wesentlich beeinflusst werden, sondern ergibt sich grundsätzlich aus der zeitlichen Verteilung des Ausbaus zu den langfristigen Zielzahlen für 1985.

Insbesondere die Zahlen für die Lehramts-Studiengänge werden durch andere bildungspolitische Rahmenbedingungen bestimmt als durch die gegenwärtige personelle Kapazität der Hochschule. Für eine Hochschule wie Oldenburg könnte eine Berechnung von Curricularfaktoren (Nachfrage nach Lehrdeputatsstunden pro Student eines Studiengangs),

d.h. die Grundlage der Relation Lehrende/Studenten) höchstens dann einen Sinn ergeben, wenn man die Kapazitätsverordnung in ihrer ursprünglichen Intention sozusagen umdreht: nicht mehr Bestimmung der Studentenzahlen auf der Grundlage der vorhandenen Lehrkapazität wäre dann das Ziel, sondern umgekehrt die Berechnung des notwendigen Personalbestandes zur Betreuung der für 1985 ausgewiesenen Studienplätze (plus x % Überbelegung). - Ähnliche Überlegungen lagen wohl auch der Senatsentscheidung zur probeweisen Anwendung der KapVO zugrunde, obwohl in der Begründung, Berechnungen nach der KapVO seien erforderlich für die Begründung von Stellenanforderungen, kurz- und längerfristige Argumentationsstränge vermischt werden. Für die Begründung jeder einzelnen neuen oder neu zu besetzenden Stelle verlangt das MWK zwar Kapazitätsberechnungen, aber die müßten in den meisten Fällen qualitative Aspekte einbeziehen und wären auch ohne das aufwendige Verfahren der KapVO durchführbar. Das einzige ernstzunehmende Argument für die Anwendung der KapVO bleibt also die Hoffnung, mit ihrer Hilfe die Forderung nach längerfristigem Ausbau des Personalbestands besser - d.h. mit mehr Aussicht auf Erfolg - begründen zu können. Es gibt unter denjenigen, die sich ausführlicher mit der KapVO befaßt haben, kaum jemanden, der ernsthaft glaubt, zu einer wirklich rationalen Berechnung der Lehr- und Aufnahmekapazität zu kommen. Trude Kreuzmann hat aber zu Recht darauf hingewiesen, daß es nicht an Oldenburg allein liegt, ob ein derartiges Verfahren angewandt wird oder

nicht. Die anderen Hochschulen haben ebenfalls protestiert, aber trotzdem gerechnet, und aus einer Mischung der Ergebnisse dieser Hochschulen mit den Relationen, die sich bei Zugrundelegung der vorhandenen Lehrkapazität und der bisherigen faktischen Zulassungszahlen an den bundesdeutschen Hochschulen ergeben, sind inzwischen Curricularrichtwerte aufgestellt worden (es werden nicht die letzten sein), die möglicherweise auch auf Oldenburg angewendet werden könnten (nicht zur Ermöglichung höherer Zulassungszahlen, aber vielleicht zur Abwehr weiterer Stellenforderungen - s.o.) - Wenn wir bessere Betreuungsverhältnisse fordern, wollen als sie den Durchschnittsrichtwerten zugrundeliegen, dann müssen wir eigene Berechnungen vorlegen, die u.a. durch hohe Bewertung von Projektveranstaltungen, die in der Verordnung nicht vorgeplant sind, da sie dort überhaupt nicht existieren, und unseren Ausbildungszielen entsprechende Gruppengrößen insgesamt höhere Curricularfaktoren begründen können. Dabei könnte man sich allerdings dem Vorwurf aussetzen, unsere Ausbildungsstrukturen seien zu teuer. Dies Problem betrifft in besonderem Maße die einphasige Lehrerausbildung, die aus der Sicht der Landesregierung unter der Zielvorgabe steht, kostenneutral sein zu müssen. Marianne Kriszto

### Kostenlose Rechtsberatung

Studenten der Uni werden künftig eine Rechtsberatung in Anspruch nehmen können. Der ASTA teilt gegen Vorlage des Studentenausweises Gutscheine aus.

## H3-Stellen bleiben beim Fach Kunst

Das Fach Bildende Kunst/Visuelle Kommunikation braucht nicht mehr um seine beiden H3-Stellen zu fürchten. Das Ministerium hat zugesagt, daß beide Stellen beim Fach bleiben und nur bei einer die Denomination geändert wird. Sie lautet jetzt nur noch "Bildende Kunst" ohne die Er-

gänzung "Schwerpunkt Architektur/Gebaute Umwelt". Diese allgemeiner gehaltene Denomination läßt jedoch, wie das Ministerium versicherte, die Möglichkeit offen, auch diese Bereiche mit abzudecken. Die bereits vorliegenden Listen will das Ministerium jetzt prüfen.

gh

## Hungerstreik für mehr Kontaktlehrer

### «Kein angemessenes Mittel»

Mit einer Demonstration, an der etwa 500 Studenten teilnahmen, endeten am vergangenen Donnerstagnachmittag in Oldenburg die VDS-Aktionstage, die sich an der Universität neben einigen Flugblattaktionen und "Alternativseminaren" vornehmlich in einem Hungerstreik von etwa 10 Studenten niederschlugen. Zu dieser außergewöhnlichen Aktion hatten sich die Studenten, die vom Asta dabei unterstützt wurden, entschlossen, um auf den Mangel an Kontaktlehrern und die damit verbundene Gefährdung des Modells der Einphasigen Lehrerausbildung hinzuweisen.

Zur Zeit sind von 185 Kontaktlehrern 95 besetzt. Weitere 24 Kontaktlehrer werden mit Sicherheit ihre Arbeit zum 1. 2. aufnehmen. Da noch Mitte Dezember ein weiteres Auswahlverfahren durchgeführt wird, rechnet das ZpB insgesamt zum 1. Februar mit gut 130 besetzten Kontaktlehrerstellen, so daß der Primarstufen- und Sekundarstufenbereich I annähernd versorgt ist. Außerordentlich bedrohlich wird besonders das Defizit im Sekundarstufenbereich II, wo der Mangel auch weiterhin voll durchschlägt.

Die Hungerstreikenden forderten in einem Flugblatt u. a.

- allen Kontaktlehrern die Möglichkeit zu geben, vollinhaltlich an Projekten mitzuarbeiten;
- jeden Bewerber um eine Kontaktlehrerstelle, der die formalen Bedingungen erfüllt, einzusetzen;
- die Bewerbungsfrist für Kontaktlehrer zu verlängern und sicherzustellen, daß zum 1. Aug. 1977 insgesamt 40 neue Kontaktlehrerstellen geschaffen werden. Diese Forderungen wurden in der Hochschule weitgehend unterstützt. Sie sind auch nicht neu. Seit Wochen schon bemühen sich das ZpB, die GKL und das Rektorat um das Kontaktlehrerproblem und konnten immerhin erreichen, daß sich der Verwaltungspräsident und der Kultusminister nachdrücklich für die Verbesserung der Situation einsetzen wollen. Der Regierungspräsident hat zugesagt, das Bewerbungsverfahren, solange es irgend geht, offzuhalten. Auf Drängen des Rektors hat sich Kultusminister Werner Remmers bereit erklärt, alle Schulen anzuschreiben und die Universität bei der Durchführung der Einphasigen Lehrerausbildung zu unterstützen.

Nachdrücklich wurde aber in diesem Zusammenhang vom Rektorat wie vom Verwaltungspräsidenten bestritten, daß die

Aktivitäten für die ELAB und das Kontaktlehrerproblem durch den Hungerstreik ausgelöst worden sei. Vielmehr seien sie Ausdruck der bisher immer praktizierten Politik

In diesem Zusammenhang kritisierte Krüger auf der Demonstration in der Innenstadt scharf die Form des Hungerstreikes zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen. Der Hungerstreik sei ein letztes Kampfmittel, das der Existenzsicherung vom Tode Bedrohter vorbehalten sei. Es dürfe deshalb unter gar keinen Umständen entwertet werden, wie dies an der Hochschule geschehen sei. Auch das Konzil hatte sich mit der Form nicht solidarisiert wollen, sondern unterstützte in einem einstimmig gefaßten Beschluß lediglich die Forderungen der Hungernden, die auch von der Studentenvollversammlung übernommen wurden.

gh

## Zwei Großgeräte für die Universität

Zwei Großgeräte, die einen Wert von über 600.000 Mark haben, werden demnächst zu Forschungszwecken den Naturwissenschaftlern der Universität Oldenburg zur Verfügung stehen. Es handelt sich dabei um ein Rasterelektronenmikroskop und ein Farbstofflasersystem, Geräte, die vielfach verwendbar, zunächst aber vornehmlich an Forschungsprojekten gebunden sind, die sich mit Umweltproblemen befassen. Mit dem Rasterelektronenmikroskop wollen Wissenschaftler im Boden und im Schlick des Wattenmeers das Mikromilieu untersuchen.

Sinn dieser Grundlagenforschung ist es herauszufinden, ob die Umsetzung der lebenswichtigen Elemente wie Kohlenstoff, Stickstoff, Schwefel usw. durch Mikroorganismen noch funktioniert, wenn sie mit Düngemitteln, Haushalts-

## GEW-Vorstand wiedergewählt

Nach einer ausführlichen Diskussion der Tätigkeitsberichte und der vorliegenden Anträge, wählten die Mitglieder der GEW-Hochschulgruppe erneut Hans Kaiser (HL, FB III), Lothar Sielaff (WM, FB I) und Eberhard Schmidt (HL, FB III) in den Vorstand der Hochschulgruppe. Die Mitgliederversammlung verabschiedete einen Antrag, mit dem sie sich anlässlich des Hungerstreiks einiger Studenten erneut mit der Forderung nach Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Kontaktlehrern solidarisierte. Verabschiedet wurde weiterhin ein Antrag zur Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR, in dem es heißt: "Die GEW-Hochschulgruppe der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg kritisiert entschieden die Aberkennung der Staatsbürgerschaft von Wolf Biermann durch die DDR. Wir fordern die sofortige selbstkritische Zurücknahme des Ausweisungsbeschlusses."

es

## Neuer AstA-Sprecher

Der Doktorand Wolfgang Wulf (SHB) ist neuer Sprecher des Asta. Das Studentenparlament wählte den Sozialdemokraten auf seiner letzten Sitzung mit 7 Gegenstimmen bei einer Enthaltung. Wulf löste den bisherigen Sprecher Bernd Bischoff (SHB) ab, der sich jetzt mehr seinem Studium widmen will. In einer Erklärung zu seiner Wahl kündigte Wolfgang Wulf an, er wolle ein Schwerkraft auf die Bündnispolitik legen und strebe eine Zusammenarbeit mit "politischen Gruppierungen innerhalb und außerhalb des Studentenparlaments" an, wenn "diese davon ausgehen, daß zur Durchsetzung der studentischen Forderung die Entfaltung eines demokratischen Massenkampfes notwendig ist".

abwässern und Toxischen Metallen in Berührung kommen.

Mit Hilfe des Farbstofflasersystems will ein Forschungsprojekt herausfinden, ob aus einem der größten Umweltverschmutzer, der im Holz enthaltenen Substanz Lignin, ein industriell zu verarbeitender Rohstoff produziert werden kann. Holz besteht zu 25 Prozent aus Lignin, das von den Papierfabriken zu fast 100 Prozent in die Flüsse abgeführt wird.

Das Farbstofflasersystem ermöglicht eine Analyse von Proben nach der photoakustischen Spektroskopie, d.h. mit dieser Methode können Proben, wie in diesem Fall Holz, untersucht werden, ohne daß sie zerstört bzw. besonders aufbereitet werden müssen, wie es bei herkömmlichen chemischen Verfahren notwendig ist.

gh



## Mehr Rücksicht auf Nichtraucher

Weil sich Studenten bei ihm beschwert haben, hat der Rektor alle Lehrenden in einem Schreiben aufgefordert, dafür zu sorgen, daß Nichtraucher in Lehrveranstaltungen nicht gegen ihren Willen durch Rauchen beeinträchtigt werden. Er schlug in diesem Zusammenhang vor, in den Veranstaltungen darüber abstimmen zu lassen, ob geraucht werden darf.

Wenn sich nur ein kleiner Teil der Teilnehmer für das Nichtrauchen ausspreche, muß darauf hingewirkt werden, daß nur in den Veranstaltungspausen geraucht wird. Weiter heißt es in dem Schreiben: "Ein generelles Rauchverbot in den Veranstaltungsräumen der Universität erscheint mir als eine zu starre Regelung, die ich nach Möglichkeit vermeiden möchte".

## Personalratswahlen

### Zu geringe Beteiligung

Keine Überraschung hat das Ergebnis der Wahl zum Personalrat ausgelöst. Wie im vergangenen Jahr setzten sich auch 1976 die von den DGB-Gewerkschaften ÖTV und GEW aufgestellten Vertreter durch, die im Arbeiter- und Beamtenbereich ohne Konkurrenten waren. Lediglich im Angestelltenreich wird die DAG, deren Stimmenanteil im Vergleich zum Vorjahr um über sieben Prozent zurückging, wiederum zwei Vertreter in der Personalrat schicken.

Als bedauerlich bezeichnete der Vorsitzende des Personalrats, Fred Krüer, der die ÖTV-Liste im Angestelltenbe-

reich anführte, die Tatsache, daß bei den Angestellten fast 28 Prozent nicht zur Urne gegangen seien, so daß die Wahlbeteiligung insgesamt von 78 auf 69,6 Prozent gesunken sei - trotz diesmal größeren Interesses der Beamten. Auch bei den Arbeitern ging die Wahlbeteiligung zurück.

Der neue Personalrat setzt sich wie folgt zusammen: Arbeitergruppe: Johannes Eilers (ÖTV), Angestelltengruppe: Fred Krüer, Ingrid Kersten, Marita Rosenow, Gudrun Buchholz (alle ÖTV), Sonja Duddek, Doris Bitter (beide DAG) Beamtengruppe: Ulrich Radek (GEW), Helga Kochanowski (ÖTV). gh

## Veranstaltungen und Termine

**MONTAG, 6.12.76, 8-19 Uhr, D 103.**  
Anhörung "Schulpädagogik mit dem Schwerpunkt Theorie und Praxis des Unterrichts". Casjens, Oldenburg - Fölling, Münster - Christian, Frankfurt - Semmerling, Dortmund.

**DIENSTAG, 7.12.76, 8-11 Uhr, D 103.**  
Anhörung "Schulpädagogik mit dem Schwerpunkt Theorie und Praxis des Unterrichts". Taux, Westerstede - Minzberg, Hohenlimburg.

**MITTWOCHE, 8.12.76, 14-18 Uhr, VG 208.**  
Anhörung "Lektor für Englisch". Deidre Graydon, Frankfurt - Kevin Mulligan, Berlin - Umasankar, Meinerzhagen - Alan Harris, Münster - Rosalind Klein, Bremen.

**MITTWOCHE, 8.12.76, 8.30-18.45 Uhr, VG 309.**  
Anhörung "Lernbehindertpädagogik". Winfried Kerkhoff, Sendenhorst-A. - Ulrich Schröder, Köln-Horst J. Kern, Mainz - Wilhelm Reincke, Hamburg - 13.30-15 Uhr Mittagspause - Clemens Adam, Dortmund - Sybille Paulsen, Berlin - Ingeborg Altstaedt, Hamburg.

**MITTWOCHE, 8.12.76, 15 Uhr, Aula.**  
Vortragsreihe zur Berufskunde, Referat: Berufe im Öffentlichen Dienst - Die gehobene Laufbahn.

**DONNERSTAG, 9.12.76, 17.30 Uhr, FHS Oldenburg, Ofener Str. 16, Hörsaal E 22.**  
Das Projekt Cabora Bassa - die Hochspannungs-Gleichstromübertragung von Cabora Bassa nach Südafrika. Vortrag von Dipl.-Ing. Linnenkohl (AEG Frankfurt).

**MONTAG, 13.12.76, 20 Uhr, AVZ 3-449.**  
Vortrag von Dr. Hoffmann, Bremen, zum Thema "Ziele des RCFP und Probleme der Integration sozial- und naturwissenschaftlich orientierter Geographieanteile". Veranstalter: Studienkommission Geographie.

**DIENSTAG, 14.12.76, 20 Uhr, VG 217.**  
Gastvortrag von Professor Sigrüst (Westfälische Wilhelms-Universität, Institut für Soziologie) zum Thema "Die Bedeutung afrikanischer Sozialstrukturen für die Politische Theorie".

**MITTWOCHE, 15.12.76, 15 Uhr, Aula.**  
Vortragsreihe zur Berufskunde. Berufsfelder für Psychologen, Sozialpädagogen/Sozialarbeiter und Diplom-Pädagogen.

**MITTWOCHE, 15.12.76, 20 Uhr, Oldenburger Kunstverein, Elisabethstr.10.**  
Vortrag von Professor Max Indahl (Ruhruniversität Bochum) zum Thema "Probleme der Kunst nach 1945".

## Personalien/ Personalnotizen

**PROFESSOR WOLFGANG KRUMBEIN**, Geomikrobiologe im Fachbereich IV, ist von einer 2 1/2monatigen Amerikareise zurückgekehrt, wo er u.a. vor der amerikanischen Weltraumbehörde NASA und zahlreichen Universitäten und wissenschaftlichen Institutionen Vorträge auf seinem Fachgebiet hielt.

**PROFESSOR RAINER KRÜGER**, Rektor der Universität, hat am 25. November auf Einladung einer Initiative gegen die Militär-Junta in Chile an einem Kongreß teilgenommen, auf dem eine Internationale Kommission das Pinochet-Regime als eindeutig faschistisch entlarvte. Der Kongreß fand am 30. Jahrestag der Verurteilung der Nazi-Verbrecher statt.

**HERWIG OEHLISCHLAGER** und **LOTHARSIELAFF**, beide wissenschaftliche Mitarbeiter im Fachbereich I, nahmen als Referenten am 10. Internationalen Symposium für Bildungstechnologien in Poznań (Polen) teil. Themen: "Planung von Unterricht" und "Einsatz von Medienverbundsystemen im Hochschulunterricht" (Oehlschläger) sowie "Hochschullehre und Bildungstechnologien in der BRD" (Sielaff).

**HEINRICH ALLERS** wurde als Bibliotheksrat in der Fachbereichsbibliothek IV eingestellt.

**DR. JOACHIM LÜHRING**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fach Geographie, wird 1977 aus der Universität ausscheiden und als Beauftragter des Deutschen Entwicklungsdienstes die Gesamtkoordination der Projekte im Schwerpunktland Tanzania übernehmen.

**KLAUS MEYER-DETTUM**, Wissenschaftlicher Assistent für das Fach "Sozialpädagogik", ist als Hochschullehrer zur Fachhochschule Ostfriesland übergewechselt.

**HERMANN RIEKEN** ist als Wissenschaftlicher Angestellter am NQ-Projekt eingestellt worden.

**DR. ADOLF ZIMMER**, bisher Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Regensburg, ist mit der Verwaltung der Stelle eines Wissenschaftlichen Rats und Professors für "Allgemeine Psychologie mit dem Schwerpunkt Methodenlehre" beauftragt worden.

**HEINZ HAGEHÜLSMANN**, bisher wissenschaftlicher Mitarbeiter am Psychologischen Institut in Stuttgart, ist zum Wissenschaftlichen Assistenten im Fachbereich I ernannt worden.

## Neuer BdWi-Vorstand

Dem neuen Vorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) gehören jetzt Werner Boldt, Klaus Brake, Klaus Köster, Ilse Schütte und Harald Werner an.